

Antrag K-03
UB Oberhausen**Empfehlung der Antragskommission**
Annahme**Der Landesparteitag möge beschließen:****Würdig zu wohnen ist ein Menschenrecht**

1 Der Landesparteitag fordert eine umfassende neue
2 Schwerpunktsetzung der öffentlichen Förderung im
3 Wohnungsbau. Der soziale Wohnungsbau mit einer
4 Mietpreisbindung von maximal 20 Jahren soll in Zu-
5 kunft fortentwickelt werden. Neben dem wichtigen En-
6 gagement von privaten Investoren soll der Schwer-
7 punkt des sozialen Wohnungsbaus in Zukunft durch
8 eine wesentlich stärkere und umfassendere Förderung
9 von Wohnungsgenossenschaften, die in der Regel ih-
10 ren Wohnungsbestand zu bezahlbaren genossenschaft-
11 lichen Mieten seit über 100 Jahren anbieten, verändert
12 und ergänzt werden. Für Wohnungsbauprojekte, die pri-
13 vate Investoren wegen nicht ausreichender Rentabilität
14 nicht angehen, braucht es darüber hinaus auf Landes-
15 ebene eine eigene Wohnungsbaugesellschaft.

16

17 Begründung

18

19 Das Wohnen wird in den Städten und auf dem Land
20 immer teurer. Seit 2007 haben sich die Mieten mehr
21 als verdoppelt. Daher muss sich in der Wohnungspolitik
22 schnell etwas ändern. Zu wenige und damit teure Woh-
23 nungen und immer weiter steigende Mieten sind für al-
24 le Bürgerinnen und Bürger eine zusätzliche Belastung.
25 Öffentlich geförderter sozialer Wohnungsbau wird im-
26 mer knapper. Die bisherige Mietraumförderung im so-
27 zialen Wohnungsbau (Sozialwohnungen), das zeigt die
28 Geschichte, ist keine langfristige Lösung, denn die Bin-
29 dung für die öffentlich geförderten preisgebundenen
30 Wohnungen beträgt ca. 12 bis 20 Jahre, selten auch
31 mehr. Danach werden sie auf dem freien Wohnungsmark-
32 t mit entsprechend hohen Mieten oder als Eigen-
33 tumswohnungen angeboten.

34

35 Die sinnvollste langfristige staatliche Wohnraumför-
36 derung ist mithilfe von Wohnungsgenossenschaften
37 zu erreichen. Seit über 100 Jahren setzen diese auf
38 die Grundprinzipien: Selbsthilfe, Selbstverwaltung und
39 Selbstverantwortung. Wesentlich dabei ist, dass ihre
40 Unternehmensziele nicht auf Gewinnmaximierung aus-
41 gerichtet sind. Die Genossenschaftsmitglieder haben
42 ein weitgehendes Mitwirkungsrecht und können sicher
43 sein, dass sich die Genossenschaft nicht an den In-
44 teressen fremder Kapitalgeber orientiert, sondern aus-
45 schließlich an denen der Mitglieder.

46 Erwirtschaftete Überschüsse werden in die Erhaltung
47 und Modernisierung der Bestände, in den Neubau und

48 in den Ausbau der Service-Angebote investiert. Die de-
49 mokratische Organisation von Genossenschaften ge-
50 währleistet, dass stets im Sinne der Mitglieder entschie-
51 den und gehandelt wird. Kündigung wegen Eigenbedarf
52 gibt es bei Wohnungsgenossenschaften nicht. Der Un-
53 terbezirk Oberhausen fordert daher eine Schwerpunk-
54 tänderung der öffentlichen Förderung im Wohnungs-
55 bau, möglichst weg vom bisherigen Verfahren mit ei-
56 ner Mietpreisbindung von maximal 20 Jahren hin zu ei-
57 ner umfassenden Förderung von Wohnungsgenossen-
58 schaften, die in der Regel ihren Wohnungsbestand zu
59 bezahlbaren genossenschaftlichen Mieten unter sozia-
60 len Aspekten anbieten.